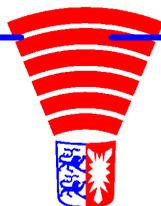


DER LANDTAG

SCHLESWIG



HOLSTEIN

M I T T E I L U N G E N

60/2000

Kiel, Kiel, 8. Mai 2000

Vorschau auf die 2. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtages in der 15. Wahlperiode

Kiel (SHL) – Die 2. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtages ist für drei Sitzungstage anberaumt. Sie beginnt am **Mittwoch, 10. Mai 2000**, um 10:00 Uhr und dauert unter Einschluss einer Mittagspause bis 18:00 Uhr. Diese Zeiten gelten auch für die Tagung am **Donnerstag, 11. Mai 2000**. Am **Freitag, 12. Mai 2000**, endet die Tagung planmäßig bereits um 12:10 Uhr.

Am **Mittwoch** beginnt die 2. Tagung mit der **Regierungserklärung**, die dem Landtag durch Ministerpräsidentin Heide Simonis vorgelegt wird. Die Debatte darüber wird bis zur Mittagspause um 13:30 Uhr dauern.

Um 15:30 Uhr setzt das Plenum seine Beratungen mit der Beratung über die **Resolution zur Sicherung des regionalen Schienenverkehrs** (Drs. 15/54) fort, die von den Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN als Antrag eingebracht worden ist.

Daran schließt sich die Erste Lesung des Gesetzentwurfes der F.D.P.-Fraktion zur **Änderung des Landespflegegesetzes** an (Drs. 15/29).

Ebenfalls in Erster Lesung berät das Plenum dann einen weiteren Gesetzentwurf der F.D.P.-Fraktion. Darin wird die **Änderung des Wahlgesetzes** für den Landtag beantragt (Drs. 15/55). Der Gesetzentwurf sieht die Verringerung der Wahlkreise zur Landtagswahl von 45 auf 37 vor.

Die **Änderung des Landesministergesetzes** ist Gegenstand eines weiteren Gesetzentwurfes der F.D.P.-Fraktion (Drs. 15/56), den der Landtag in Erster Lesung berät. Darin wird eine Neuregelung der Ruhegehälter ehemaliger Mitglieder der Landesregierung vorgeschlagen.

Herausgegeben von
der Pressestelle
des Schleswig-
Holsteinischen
Landtages
in 24105 Kiel,
Landeshaus;
24171 Kiel,
Postfach 7121;
Tel. (0431) 988
Durchwahl App.
1120 bis 1125
und 1116 bis 1118
Fax (0431) 988 1119
V.i.S.d.P. Dr. Joachim Köhler
Internet:<http://www.sh-landtag.de>
e Mail:Joachim.Koehler@ltsh.landsh.de

Am Ende des ersten Sitzungstages befasst das Plenum sich schließlich mit einem Gesetzentwurf der CDU-Fraktion zur **Änderung des Landesverwaltungsgesetzes** (Drs. 15/83). Dabei geht es um „die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren hinsichtlich wirtschaftlicher Unternehmungen“.

Am **Donnerstag** geht es zu Beginn der Beratungen um die Beziehungen zwischen dem Land und den Kommunen. Die Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben beantragt, einen **Sonderausschuss Kommunales** einzurichten (Drs. 15/23), der sich unter anderem mit der Neuordnung der Finanzbeziehungen befassen soll. Die CDU-Fraktion dagegen hat die Einsetzung einer **Enquetekommission** zu diesem Thema beantragt (Drs. 15/72).

Die **Finanzsituation der kommunalen Gebietskörperschaften** ist zudem Gegenstand eines Antrages der CDU-Fraktion (Drs. 15/71), der anschließend vom Plenum beraten wird. Darin wird die Landesregierung aufgefordert, dem Plenum in der Juni-Sitzung dazu einen Bericht vorzulegen.

Im Mittelpunkt der folgenden Beratung steht dann das **Info-Net Umwelt Schleswig-Holstein** (Internet-Adresse: www.umwelt.schleswig-holstein.de). Aufgrund eines Berichts-antrages der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dazu (Drs. 15/73) hat die Landesregierung unter Federführung des Umweltministers einen Bericht vorgelegt (Drs. 15/61) in dem über das Info-Net informiert wird.

Danach steht eine Erste Lesung auf der Tagesordnung des Parlamentes: Die CDU-Fraktion hat einen Gesetzentwurf zur **Änderung des Landesplanungsgesetzes** vorgelegt (Drs. 15/84).

Mit der Debatte über einen Berichts-antrag der CDU-Fraktion setzt der Landtag seine Beratung fort. Darin wird die Landesregierung aufgefordert, dem Parlament in seiner Juni-Tagung einen Bericht zum **Programm „ziel: Zukunft im eigenen Land“** vorzulegen (Drs. 15/52).

In einem weiteren CDU-Antrag wird die Landesregierung aufgefordert, dem Landtag noch vor der Sommerpause einen **Nachtrag zum Haushaltsplan des Landes für das Jahr 2000** vorzulegen (Drs. 15/53).

Anschließend befasst sich das Plenum mit einem Antrag der Abgeordneten des SSW, Silke Hinrichsen. Thema ist die **Prozesskostenhilfe in Insolvenzverfahren** (Drs. 15/58). Darin wird die Landesregierung aufgefordert, im Bundesrat im Sinne einer einheitlichen Regelung der Gewährung von Prozesskostenhilfe initiativ zu werden.

Danach berät der Landtag über einen CDU-Antrag zur **Reform der Juristenausbildung** (Drs. 15/69). Darin wird die Landesregierung aufgefordert, dem Landtag in der Juli-Tagung einen schriftlichen Bericht über den Stand der Beratungen der Justizministerkonferenz vorzulegen.

Um die **Reform des Zivilprozesses** geht es dann in einem weiteren CDU-Antrag (Drs. 15/70), dessen Beratung danach ansteht. Zu dieser Reform auf Bundesebene soll die

Landesregierung ebenfalls in der Juli-Sitzung schriftlich Bericht erstatten und darin über ihre Haltung dazu Auskunft geben.

Mit der Beratung eines Antrages der Abgeordneten Anke Spoorendonk (SSW) zur **Umsetzung der Europäischen Charta der Regional- und Minderheitensprachen in Schleswig-Holstein** (Drs. 15/82) schließt der Landtag seinen zweiten Sitzungstag ab. Darin wird von der Landesregierung die Berücksichtigung von Kenntnissen der Regional- und Minderheitensprachen Plattdeutsch, Dänisch und Friesisch als Einstellungskriterium für den Landesdienst gefordert.

Am **Freitag** beginnt der Landtag seine Beratungen mit einer Debatte über ein **Einwanderungsgesetz** für die Bundesrepublik Deutschland. Hierzu haben die Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen Antrag vorgelegt (Drs. 15/66), in dem die Landesregierung aufgefordert wird, sich für ein solches Gesetz auf Bundesebene einzusetzen.

Um die **Rückführung von Flüchtlingen in den Kosovo und nach Bosnien** geht es in der anschließenden Beratung über einen Antrag der Abgeordneten des SSW, Anke Spoorendonk (Drs. 15/65). Darin wird die Landesregierung unter anderem aufgefordert, „bei der Rückführung von Flüchtlingen in den Kososvo von Zwangsmaßnahmen abzusehen“.

Im Anschluss befasst sich der Landtag mit einem Antrag der CDU-Fraktion zum Thema **Sozialversicherungsfreiheit von Aufwandsentschädigungen ehrenamtlich Tätiger** (Drs. 15/68). Die Landesregierung wird darin aufgefordert, sich im Bundesrat einer entsprechenden Entschließung Bayerns anzuschließen.

Um **Hilfekonzepte für Eltern im Umgang mit „Schreikindern“** geht es in einem Berichts Antrag der CDU-Fraktion, der dann auf der Tagesordnung steht (Drs. 15/81). Darüber, welche Hilfekonzepte bestehen, soll die Landesregierung in einem Bericht an den Ladntag darlegen.

Zum Abschluss der 2. Tagung des Landtages nimmt das Plenum den **Tätigkeitsbericht des Eingabenausschusses** entgegen, der quartalsmäßig dem Plenum vorgelegt wird (Drs. 15/25). Der Berichtszeitraum umfasst den 1. Januar bis 31. März 2000. In dieser Zeit hat der Ausschuss 154 Eingaben abschließend behandelt, davon 23 im Sinne und 50 teilweise im Sinne der Petentinnen und Petenten.

Zu den folgenden Tagesordnungspunkten sind eine Aussprache sowie feste Zeiten des Aufrufs nicht vorgesehen; die angemeldeten Redezeiten gelten für die Berichterstatterinnen oder die Berichterstatter der Ausschüsse:

TOP		Berichterstattung
8	Immunitätsangelegenheiten (Drs. 15/20)	-

10	Grundstücksveräußerung (Drs. 15/28)	-
11	Umsetzung des trilateralen Wattenmeerplanes (Drs. 15/51)	-
16	Zustimmung gemäß Artikel 34 LV (Drs. 15/59)	-
17	Gremium nach dem Landes Anpassungsgesetz (Drs. 15/64)	-
28 bis 34	Wahlvorschläge (28: Drs. 15/9,16,18,39 - 29: Drs. 15/38, 75 - 30: Drs. 15/11, 15, 19, 36, 76 - 31: Drs. 15/12, 44, 77 - 32: Drs. 15/40, 78 - 33: Drs. 15/37, 79 - 34: Drs. 15/35, 80)	-
35	Tätigkeit des Landesbeauftragten für den Datenschutz (Drs. 15/10)	-.

Hinweis: Nicht mehr vorhandene Drucksachen können in der Landtagsverwaltung, Zimmer 046, nach telefonischer Vorbestellung (988-1050 o. 1051) abgeholt werden.



SCHLESWIG-HOLSTEINISCHER LANDTAG

15. Wahlperiode

**Mittagspause am Mittwoch:
nach TOP 2 bis 15:30 Uhr**

Ablauf und Beratungszeiten der 2. Tagung

TOP		Be- richt	SPD	CDU	F.D.P.	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	SSW	Reg	zus.
1	Aktuelle Stunde								90
2	Regierungserklärung	-	30	30	30	30	30	50	200
	Erste Lesungen								
3	Gesetz zur Änderung des Ausführungsgesetzes zum Pflegeversicherungsgesetz (F.D.P.)	-	5	5	5	5	5	5	30
4	Änderung des Wahlgesetzes (F.D.P.)	-	5	5	5	5	5	5	30
5	Änderung des Landesministergesetzes (F.D.P.)	-	5	5	5	5	5	5	30
6	Änderung des Landesverwaltungsgesetzes (CDU)	-	5	5	5	5	5	5	30
7	Änderung des Landesplanungsgesetzes (CDU) - nicht am Freitag -	-	5	5	5	5	5	5	30
	Anträge								
8	Grundsätze für die Behandlung von Immunitätsangelegenheiten (Interfraktionell)	- ohne Aussprache -							

TOP		Be- richt	SPD	CDU	F.D.P.	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	SSW	Reg	zus.
9	Sonderausschuss Kommunales zur Weiterentwicklung der Beziehungen zwischen dem Land und den Kommunen (SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) - mit TOP 24 am Donnerstag 10:00 Uhr -	-	10	10	10	10	10	10	60
10	Einwilligung in eine Grundstücksveräußerung (Reg.)	- ohne Aussprache -							
11	Stand der Umsetzung des trilateralen Wattenmeerplanes (SSW)	- ohne Aussprache -							
12	Programm „ziel: Zukunft im eigenen Land“ (CDU) - nicht am Freitag -	-	5	5	5	5	5	5	30
13	Nachtrag zum Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2000 (CDU) - nicht am Freitag -	-	5	10	5	5	5	5	35
14	Sicherung des regionalen Schienenverkehrs (SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) - Mittwoch 15:30 Uhr -	-	5	5	5	5	5	5	30
15	Prozesskostenhilfe in Insolvenzverfahren (SSW) - am Donnerstag -	-	5	5	5	5	5	5	30
16	Zustimmung gemäß Artikel 34 der Landesverfassung (Reg.)	- ohne Aussprache -							
17	Mitglieder des Gremiums nach dem Landes Anpassungsgesetz (Interfraktionell)	- ohne Aussprache -							
18	Rückführung von Flüchtlingen in den Kosovo und nach Bosnien (SSW)	-	5	5	5	5	5	5	30
19	Einwanderungsgesetz (SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) - Freitag 10:00 Uhr -	-	5	5	5	5	5	5	30
20	Sozialversicherungsfreiheit von Aufwandsentschädigungen ehrenamtlich Tätiger (CDU)	-	5	5	5	5	5	5	30
21	Reform der Juristenausbildung (CDU) - am Donnerstag -	-	5	5	5	5	5	5	30
22	Reform des Zivilprozesses (CDU) - am Donnerstag -	-	5	5	5	5	5	5	30
23	Finanzsituation der kommunalen Gebietskörperschaften (CDU) nach TOP 9 -	-	10	10	5	5	5	10	45



**Reihenfolge der Beratung
der 2. Tagung**

Hinweis:

Soweit einzelne Tagesordnungspunkte durch Fettung hervorgehoben sind, ist der **Beginn der Beratung zeitlich festgelegt**.

TOP		ange- meldete Redezeit	Voraussichtl. Beginn der Beratung
Mittwoch, 10. Mai 2000			
2	Regierungserklärung	200	10:00
14	Sicherung des regionalen Schienenverkehrs	30	15:30
3	Änderung des Ausführungsgesetzes zum Pflegeversicherungsgesetz	30	16:00
4	Änderung des Wahlgesetzes	30	16:30
5	Änderung des Landesministergesetzes	30	17:00
6	Änderung des Landesverwaltungsgesetzes	30	17:30
Donnerstag, 11. Mai 2000			
9 u.24	Sonderausschuss Kommunales und Einsetzung einer Enquetekommission	60	10:00
23	Finanzsituation der kommunales Gebietskörperschaften	45	11:00
25 u.37	Info-Net Umwelt	30	11:45
7	Änderung des Landesplanungsgesetzes	30	12:15
12	„ziel: Zukunft im eigenen Land“	30	12:45
13	Nachtrag zum Haushaltsplan	35	15:00
15	Prozesskostenhilfe in Insolvenzverfahren	30	15:35
21	Reform der Juristenausbildung	30	16:05
22	Reform des Zivilprozesses	30	16:35
27	Charta der Regional- und Minderheitensprachen	35	17:05
Freitag, 12. Mai 2000			
19	Einwanderungsgesetz	30	10:00
18	Rückführung von Flüchtlingen	30	10:30

TOP		ange- meldete Redezeit	Voraussichtl. Beginn der Beratung
20	Sozialversicherungsfreiheit	30	11:00
26	Hilfekonzept für Eltern	30	11:30
36	Tätigkeit des Eingabenausschusses	10	12:00